

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 47

Vorwort: Eifrig - nicht ereifert ; Sonderfall Jugoslawien

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Neue Sowjetverfassung in Sicht (3)

Achtung, Puppen! (4)

Woogs Friedensbegriff (6)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit

Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger

Verwaltung: Oswald Schürch

Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern

Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.—

50 Rp.

2. Jahrgang, Nr. 47

Bern, 29. November 1961

Erscheint wöchentlich

Unsere Meinung

Eifrig – nicht ereifert

Die sowjetische Botschaft in Bern weist bekanntlich einen ungleich grösseren Stab von tatsächlichen oder angeblichen Diplomaten auf als die schweizerische Botschaft in Moskau. Das Verhältnis dürfte etwa 120 zu 4 betragen. Dieser Umstand hat zur Forderung geführt, dass die Schweiz eine Verminderung des sowjetischen Botschaftspersonals auf einen annähernd den Verhältnissen entsprechenden Stand durchsetzen solle.

Wir betrachten eine solche Massnahme als fragliches Mittel im Kampf gegen den Kommunismus. Sie würde zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen, der durchaus nicht im Interesse der freien Welt läge. Wir müssen die Auswirkungen politischer Ereignisse immer im weltweiten Ausmass und nicht nur im unmittelbar beteiligten Land berücksichtigen. Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen unseres Landes mit dem Ostblock hätte nämlich eine Isolierung der Schweiz zur Folge, die unseren Einfluss beispielsweise in den Entwicklungsgesellschaften stark herabsetzen müsste.

In diesem Sinne können wir aus der Nichtbeteiligung unseres Landes an den Olympischen Spielen von 1956 in Melbourne eine wichtige Lehre ziehen. Diese Massnahme, die dem damaligen Willen unseres freien Volkes entsprach, hat der freien Welt kaum genützt. Wir müssen lernen, die auf die ganze Welt bezogenen Auswirkungen unserer Haltung zu berücksichtigen.

Durch jene Massnahme von 1956 hatten wir uns isoliert, wodurch unser Einfluss in den Entwicklungsgesellschaften vermindert worden ist. Wir hatten damit eher das Gegen teil dessen erreicht, was der Massnahme als Ziel gesetzt worden ist.

Statt diese wenig tauglichen Mittel einer zwangswise Verminderung des östlichen Botschaftspersonals oder einer Lieferungssperre einzusetzen, sollten wir eine Massnahme anwenden, die eine erfreuliche Wirkung zukommen könnte.

Unserem Botschafter und seinem Personal in Moskau sind gewisse Beschränkungen auferlegt. Sie dürfen nicht frei reisen; einige Gebiete sind völlig unzugänglich, für andere benötigt man eine Genehmigung. Es soll auch vorkommen, dass sowjetisches

Personal für die Hausbedienung und als Chauffeure eingestellt werden muss.

Auf solche Massnahmen sollten wir Zug um Zug antworten. Gewisse Gebiete der Schweiz, die wir frei bestimmen können, sollten mit einem völligen Reiseverbot für Ostblock-Diplomaten belegt werden, und zwar entsprechend der Reisebeschränkung unserer Vertreter in jenen Ländern. Andere Gebiete sollten nur mit einer Reiseerlaubnis aufgesucht werden dürfen.

Das würde keineswegs zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen, weil es blosse Entgeltung auf die Massnahmen der Ostblockländer ist. In diesem Sinne wäre aber eine beträchtliche Wirk samkeit gesichert und ein nicht zu unterschätzender Propagandaerfolg könnte erzielt werden.

Unser Kommentar

Sonderfall Jugoslawien

Anstelle des totalen Osthandelverbotes, das integral undurchführbar ist, befürworten wir den Aufruf zum freiwilligen Verzicht auf den Osthandel und zum Boykott der Ostblockwaren, wie er beispielsweise durch den Schweizerischen Aufklärungsdienst und durch die Freisinnige Partei des Kantons Zürich erlassen worden ist.

In einer vorzüglich fundierten Stellungnahme, die im Entwurf bereits vorliegt und demnächst veröffentlicht werden soll, hat die Freisinnige Partei des Kantons Zürich nebst dem freiwilligen Verzicht auf den Osthandel zugleich auch die strategische Lenkung der Wirtschaftsbeziehungen durch die OECD verlangt. Diese Stellungnahme liegt somit genau auf unserer Linie. Wir messen dieser Forderung nach einem gelenkten Osthandel erhöhte Bedeutung zu.

Es besteht Gefahr, dass bei der gegenwärtig üblichen allgemeinen Diskriminierung des Osthandels auch die Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien betroffen werden. Das aber wäre politisch falsch. (Das ändert nichts daran, dass wir in Jugoslawien einen Staat von eindeutig kommunistischer Struktur erkennen und ideologisch entschieden bekämpfen.)

Jugoslawien hat als erstes Land den absoluten Führungsanspruch Moskaus in Frage gestellt. Es wurde 1948 aus der Komintern ausgeschlossen, näherte sich in der Tauwetter-Periode von 1955 erneut dem Ostblock und befindet sich seit 1958 in einem zweiten ideologischen Konflikt

mit der Zentrale. Dieser Konflikt ist sehr bedeutungsvoll, weil er die monolithische Einheit des Ostblocks gefährdet. Ohne diese Einheit büsst nämlich der Ostblock vieles von seiner Bedrohlichkeit ein. Es ist also in unserem Interesse, den Sonderzug Jugoslawiens zu unterstützen.

In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage haben die Vereinigten Staaten seit 1948 durch ihre Wirtschaftshilfe den Jugoslawen die teilweise Unabhängigkeit gegenüber Moskau ermöglicht. Ohne diese Unterstützung wäre Tito sowohl 1948 als auch 1957 nach dem Stopp der sowjetischen Kreditlieferungen in die Knie gezwungen worden.

Indem diese Absicht vereitelt werden konnte, wurde ein für den kommunistischen Weltherrschaftsanspruch gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. Dieser Umstand hat ohne Zweifel die selbständige Haltung Chinas und Albaniens am 22. Kongress der KPdSU erleichtert. Die Auswirkungen der abrökkelnden Einheit des Ostblocks sind spürbar. In Italien betont Togliatti seine Selbständigkeit gegenüber Moskau und spricht von der Mehrzahl von Leitungszentren. Damit könnte der Anfang vom Ende der kommunistischen Einheit eingeleitet sein.

Wesentliches hängt jedoch davon ab, wie die freie Welt diese Risse im Ostblock fördern und vertiefen kann. Die bisherige Entwicklung rechtfertigt die Sonderbehandlung, die man von der freien Welt aus den Jugoslawen und teilweise auch den Polen hat angedeihen lassen. Deshalb wäre es unverzeihlich, wenn diese Entwicklung durch den absoluten Handelstopp gefährdet würde. Durch diese zwar wohlgemeinte aber nicht zielkonforme Massnahme würden wir geradezu zur Wiederherstellung der Einheit im Ostblock beitragen.

Wenn im Ostblock eine Mehrzahl von Leitungszentren entstehen, so wird die Bildung von Fraktionen gefördert. Dadurch muss die Einheit und die Macht des Weltkommunismus leiden. Es ist nicht von ungefähr, dass Lenin die Fraktionsbildung verbot, und dass die Kommunisten nichts mehr befürchten wie Spalttendenzen. Nachdem die freie Welt den Ostblock nicht frontal durch einen militärischen Krieg angreifen soll und will, muss sie auf diesem Wege die Einheit des Ostblocks aufbrechen. Das setzt jedoch eine Offensive voraus, die von einem «Generalstab» geführt werden muss und die sich der vorhandenen Kampfmittel bedienen kann.

Paul Sager.

Wisst, dass das Geheimnis des Glücks Freiheit, das Geheimnis der Freiheit aber Mut ist.
Perikles.